

Zeit für eine Wahlrechtsreform

Mag sein, dass es derzeit Wichtigeres als über eine Wahlrechtsreform nachzudenken gibt. Aus dem Auge verlieren und somit auf den „Sanktnimmerleinstag“ verschieben sollte man diese Thematik dennoch nicht.

Das hektische Tagesgeschehen zum Zeitpunkt der „IBIZA-Tage“ ist uns noch allen in Erinnerung. Als damals dann über notwendige Neuwahlen zum Nationalrat diskutiert wurde, ist angesichts der allgemeinen Stimmungslage offenbar untergegangen, dass zeitgleich in drei Bundesländern (Burgenland, Steiermark und Vorarlberg) über einen Neuwahltermin spekuliert wurde. Abgesehen vom regulären Neuwahltermin mögen nun zumindest in zwei Bundesländern unterschiedliche Beweggründe vorgelegen haben.

Nun denkt man sich als halbwegs normal denkende(r) Wähler(in), ob man hier nicht die Gelegenheit beim Schopf packen hätte können und zumindest einmal versuchsweise die Landtage zeitgleich mit dem Nationalrat zu wählen. Wie wir nun vernehmen, wurde dies nicht einmal im Ansatz angedacht. Man könne doch den WählerInnen nicht zumuten, über „derart komplexe Zusammenhänge?“ in einem Wahlgang zu entscheiden. Mit derlei fadenscheinigen und entmündigenden Ausreden werden wir WählerInnen von den Verantwortlichen in der Politik immer wieder abgespeist; wohlwissend, dass man eigentlich alles unternehmen sollte, um Wahlen für die Bürger wieder attraktiv zu machen. Dazu gehört auch die Überlegung, ob es nicht sinnvoll wäre, so wie in den baltischen Vorzeige-EU-Ländern zumindest die Briefwahl per E-Voting durchzuführen.

Zudem sollten wir uns endlich damit befassen, in Österreich lebende (Hauptwohnsitz und Beschäftigung) EU-Bürger an allen Wahlen, also auch Landtags -und NR-Wahlen teilhaben zu lassen. Zurecht wird dies seitens der betreffenden Bevölkerungsgruppe vehement, bis dato aber leider vergeblich (aus welchen Gründen immer?) eingefordert. Vielleicht gelingt es uns ja doch einmal, über den doch sehr nationalstaatlich geprägten Tellerrand hinauszuschauen.

Nicht zuletzt sollte man sich auch darüber Gedanken machen, wie man künftig verlässlich und für die BürgerInnen nachvollziehbar mit den Reihungen bei Bundes – Landes und Regionallisten umgeht, um so schrecklich peinliche „Umherschiebungen“ wie diese beim Anlassfall Philippa Strache erfolgt sind, künftig zu verhindern.